



**mouvement
écologique**

6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg

Tél.: 43 90 30 1
Fax: 43 90 30 43

meco@oeko.lu
www.meco.lu

CCPL LU16 1111 0392 1729 0000
BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

12.03.2015
Paraît au moins 12 fois par an

EDITORIAL

Einmal im Jahr braucht der Mouvement Ecologique besonders die Unterstützung auch der Mitglieder, die im Laufe des Jahres sich vielleicht weniger aktiv einbringen: anlässlich des Kongresses.

Es ist wichtig, dass zahlreiche MitgliederInnen zum Kongress kommen und somit aufzeigen, dass sie hinter Ihrer Organisation stehen! Dies ist ein wesentlicher Ausdruck der Unterstützung "nach innen" für alle Aktiven - aber auch nach "außen"- gegenüber der interessierten Öffentlichkeit. Demnach: Danke, wenn Sie zum Kongress am Samstag, 21. März 2015 (14:15) kommen!

Eingeladen sind Sie ebenfalls auf das gemütliche Abendessen im Bistro des Oekozeners (Infos haben Sie als Mitglied erhalten bzw. finden Sie auf www.meco.lu).

NATIONALE KONGRESS VUM MOUVEMENT VUM ECOLOGIQUE - SAMSDEN 21.03.2015



VERANSTALTUNG

Der Mouvement Ecologique lädt alle Interessierten zu der Vorstellung einer Studie zur Kreislaufwirtschaft (économie circulaire), die im Auftrag des Wirtschaftsministeriums wie des "EcolInnovation Cluster" von der "Internationale Umweltforschung EPEA" erstellt wurde:

„ÉCONOMIE CIRCULAIRE“ – „CRADLE TO CRADLE“: von der Wegwerfgesellschaft zur Kreislaufwirtschaft Chancen für Luxemburg?

am Donnerstag, den 26. März 2015 um 18:15 Uhr im
Oekozeners Pafendall, 6, rue Vauban Luxembourg.

Die Vorstellung der Studie erfolgt durch Herrn Christian Tock, attaché de gouvernement (Direction des nouvelles technologies) im Wirtschaftsministerium. Mit anschließender Frage- und Diskussionsrunde.

Trotz allen Recycling-Bemühungen werden zur Zeit die meisten kostbaren Rohstoffe und Ressourcen verschwendet, weil die Dinge nach Gebrauch nicht in ihre Bestandteile zerlegt und wiederverwendet werden (können).

Aktuell sehen sich Unternehmen fast ausschließlich für Ressourcenbezug, Herstellung und Verkauf zuständig, alles weitere - Entsorgung, Recycling, Umweltverschmutzung - obliegt meistens anderen. Kreislaufwirtschaft nimmt daher den Stoffkreislauf der Natur zum Vorbild und versucht sog. Kaskaden-Nutzungen ohne Abfälle (zero waste) und ohne Emissionen (zero emission) zu erreichen. Im Gegensatz zu sog. linearen Produktion, steht bei «Cradle to

cradle» der Kreislauf im Fokus: Schon bei der Produktion werden alle (biologischen und technischen) Materialien so verwendet, dass sie nach der Nutzung sortenrein getrennt und vollständig wiederverwendet werden können.

In welchen Bereichen unserer Wirtschaft (Landwirtschaft / Gartenbau, Industrie, Architektur / Bauen, Handel, Handwerk, Finanzen...) lässt sich dieses Konzept in der Praxis umsetzen? Gibt es gute Beispiele? Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit diese zukunftsweisende Wirtschaftsform sich auch in Luxemburg durchsetzen kann? Können damit auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden? Antworten auf diese und andere Fragen soll eine neue Strategie des Wirtschaftsministeriums geben.

Unsere natürlichen Ressourcen sind begrenzt: Es lohnt neue Wege in Wirtschaft und Konsum zu gehen: kommen Sie vorbei und informieren Sie sich!

De Mouvement Ecologique luedt häerzlech an op

E SATIRESCHÉ RÉCKBLÉCK OP DE MOUNT MÄERZ: Eng kabarettistesche Liesung mam Rol Gehlhausen a mam Jay Schiltz

Mettwoch, 1. Abrëll 2015 um 17:00
Freiden, 3. Abrëll 2015 um 19:30 (de selwechte Programm)
am Bistro vum Oekozeners Pafendall

An de vergaangene Méint haat de Mouvement Ecologique op kabarettistesche Liesungen mam Roland Gelhausen a mam Jay Schiltz invitéiert.

Elo am Abrëll ass et esou weit: Si wäerte gemeinsam op hier eegen, satiresch an ironesch Aart a Weis kommentéieren, wéi si all Dag vum viereschte Mount erlieft hunn. Dobäi hu si natierlech hire spezielle Bléck op d'Politik an d'Gesellschaft.

D'Liesung wäert eng Kéier mat vegetaresche Leckerein als Fingerfood vun der Kachequipe «Veggie-Table» ugebuede ginn an eng Kéier ouni.

Entrée 1. Abrëll:
ouni Bio-Fingerfood, 15 € .Entrée

3. Abrëll: mat Fingerfood, 20.- € fir
Memberen an 25.-€ fir Net-Memberen.

Bezueelt gëtt an der Oweskeess.

Well nëmmen eng begrenzten Zuel
vu Leit méiglech ass a wéinst dem
Fingerfood, ass eng Umeldung iwwer
meco@oeko.lu oder Tel. 439030-1
noutwendeg.

Déi éischt si vir!



Am Abrëll 2015: Première
am Oekozeners Pafendall:
Kabarettistesche Liesung mam Jay
Schiltz a Roll Gelhausen

KONGRESS 2015

Kongress des Mouvement Ecologique

e Samschden, 21. Mäerz 2015 vu 14.15 – 18.30 Auer
am Oekozynter Pafendall, 6, rue Vauban, Luxemburg

Kommen Sie zum Kongress des Mouvement Ecologique: Diskutieren Sie mit, unterstützen Sie „Ihre Organisation“!

Das Programm des Kongresses wurde Ihnen als Mitglied geschickt. Sie finden die vom Verwaltungsrat vorgeschlagene Resolution zum Thema «**Fir eng lieweg Bedeelegungskultur u politesche Prozesser fir all BiergerInnen**» auf der Internetseite des Mouvement Ecologique: www.meco.lu

Diskutieren Sie auch mit über die Herausforderungen zum Thema: «**Natur- a Landschaftsschutz - Siedlungsentwécklung a Landesplanung: Wou sti mer? Wou wëlle mer hin?**»

Im Umfeld des Zentrums sind in begrenztem Ausmaß Parkplätze für Privatwagen zu finden (u.a. Platz gegenüber der Kirche, im oberen Teil der „rue des trois glands“ oder von der Eicher Platz kommend dem Parkplatz beim Stadion). Infos zum öffentlichen Transport und Fußweg: www.meco.lu



Nutzen Sie abends auch die Gelegenheit zu einem gemütlichen Essen im neuen Lokal «Oekosoph» des Oekozynter Pafendall. 2 Menus stehen zur Auswahl:

«Menu 1: Buffet de salades - Paella végétarienne - Tarte : 28.- Euro

Menu 2: Buffet de salades - Rôti de Boeuf, sauce poivre et ses garnitures - Tarte: 28.- Euro»

Bitte anmelden bis spätestens Dienstags, den 19. März per E-mail: meco@oeko.lu oder Gréngen Telefon 439030-1.

Offener Brief an die Europaparlamentarier zum Thema Freihandelsabkommen

Für eine TTIP Resolution, die Menschen, Umwelt und Demokratie über kurzfristiges Profitstreben und unverhältnismäßige Konzernrechte stellt

Die Europaparlamentarier arbeiten derzeit an einer Resolution zum Thema Freihandelsabkommen. Diese wird massgeblich sein, für die weiteren Debatten um das Freihandelsabkommen: Eine «starke» Resolution wird «Druck» auf die Kommission ausüben, eine schwache wäre auch für die Zivilgesellschaft recht problematisch. Es wäre deshalb von eminenter Bedeutung, wenn sich das Parlament auf eine starke Resolution einigen würde. Diese sollte deutlich machen, dass das Europäische Parlament alle zukünftigen Handels- und Investitionsabkommen ablehnt, die nicht im öffentlichen Interesse sind, sondern vielmehr in langen demokratischen Kämpfen erworbene Rechte in der EU, den USA und dem Rest der Welt bedrohen.

375 Organisationen der Zivilgesellschaft aus 25 Ländern übermittelten dieser Tage ihre Forderungen zum Thema Freihandelsabkommen EU-Amerika an die Europaparlamentarier. Auch Luxemburger Organisationen des Stop-TTIP Bündnisses haben sich dem Appell angeschlossen, darunter auch der Mouvement Ecologique. Im folgenden veröffentlichten wir den offenen Brief an die Parlamentarier:

«Für eine TTIP Resolution, die Menschen, Umwelt und Demokratie über kurzfristiges Profitstreben und unverhältnismäßige Konzernrechte stellt

Liebe(r) Abgeordnete(r) des Europa-Parlaments,

Im Zusammenhang mit der laufenden Arbeit des Europäischen Parlaments zu einer Resolution über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP (auch als transatlantisches Freihandelsabkommen oder TAFTA bekannt), schreiben wir Ihnen als ein EU-weites Bündnis von 375 Organisationen der Zivilgesellschaft, die eine tiefe Sorge über die vielfältigen Bedrohungen durch das Abkommen teilen.

Wir vertreten eine Vielzahl von Interessen der Öffentlichkeit, unter anderem in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheitswesen, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Schutz von Lebensmittel- und Landwirtschaftsstandards, Tierwohl, soziale Standards, Arbeitsschutz, ArbeitnehmerInnenrechte, Entwicklung, Zugang zu Informationen, digitale Rechte, grundlegende öffentliche Dienstleistungen einschließlich Bildung, Stabilität der Finanzsysteme und weitere.

Wir begrüßen die Tatsache, dass das Europäische Parlament sich seinen Standpunkt zu TTIP bilden will sowie die Rolle, die das Parlament in der Organisation der öffentlichen demokratischen Debatte in dieser Frage spielt. Wir appellieren an alle Mitglieder des Europäischen Parlaments, sich auf eine starke Resolution zu verständigen, die deutlich macht, dass das Europäische Parlament alle zukünftigen Handels- und Investitionsabkommen ablehnt, die nicht im öffentlichen Interesse sind, sondern stattdessen wichtige, in

langen demokratischen Kämpfen erworbene Rechte in der EU, den USA und dem Rest der Welt bedrohen.

Dazu möchten wir Ihnen unsere wichtigsten Forderungen an die TTIP Verhandlungen darlegen, die wir mit unseren Kooperationspartnern in den USA entwickelt haben und die erstmalig in einer gemeinsamen Erklärung der Zivilgesellschaft im Mai 2014 veröffentlicht wurden (<http://www.bilaterals.org/?mensch-en-umwelt-und-demokratie-vor&lang=en>)

- 1. Sofortige Transparenz:** Die Verhandlungstexte der EU-Kommission und alle anderen Verhandlungsdokumente (inklusive gemeinsamer Entwürfe von EU und USA) müssen veröffentlicht werden, damit eine offene und kritische öffentliche Debatte über das TTIP-Abkommen möglich ist.
- 2. Einen demokratischen Prozess einschließlich einer genauen Untersuchung und Beurteilung der Verhandlungstexte,** durch den sichergestellt wird, dass die Verhandlungen dem öffentlichen Interesse dienen. Der Prozess muss das EU-Parlament, Debatten in nationalen Parlamenten, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und Interessengruppen einschließen.
- 3. Keine Investor-Staat Schiedsgerichtsbarkeit:** Alle Bestimmungen, zum so genannten Investor-State Dispute Settlement (ISDS) müssen dauerhaft aus den Verhandlungen herausgenommen werden. Es darf kein anderer Mechanismus eingeführt werden, der Investor_Innen Sonderrechte einräumt (auch nicht indirekt durch bereits bestehende oder zukünftige Handelsabkommen).
- 4. Kein Rat für regulatorische Zusammenarbeit:** Jedwede Regulierung hat ausschließlich durch demokratisch kontrollierte Gremien und auf Grund demokratischer Verfahren zu erfolgen.
- 5. Keine Deregulierung von Standards, die das öffentliche Interesse wahren und ihm dienen:** EU- Standards müssen respektiert und nicht durch „Harmonisierung“ nach unten auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert werden. Das betrifft Sozial- und Arbeitsstandards, Verbraucher_Innen-, Gesundheits-, Umweltschutzstandards einschließlich der Regeneration natürlicher Ressourcen, Tierschutz, Standards zur Lebensmittelsicherheit, umweltverträgliche landwirtschaftliche Verfahren, Zugang zu Informationen, Kennzeichnung, Kultur und Medizin, die Regulierung der Finanzmärkte, Datenschutz, Netzneutralität und andere digitale Rechte. Eine gegenseitige Anerkennung ist

nicht angemessen, weil sie die auf demokratische Weise vereinbarten Standards und Schutzmaßnahmen unterminiert. Das Vorsorgeprinzip muss umfassend angewandt werden.

- 6. Keine weitere Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.** Wir fordern garantierten Zugang zu hochwertiger Bildung, Gesundheitsvorsorge und anderen öffentlichen Dienstleistungen sowie ein öffentliches Beschaffungswesen, das lokale Beschäftigung, Wirtschaft und Produktion, positive Diskriminierung, soziales Unternehmertum und nachhaltiges Wirtschaften fördert und dem öffentlichen Interesse dient.
- 7. Förderung menschenwürdiger und umweltverträglicher landwirtschaftlicher Praktiken und Schutz kleinbäuerlicher Betriebe.**
- 8. Öffentliche Institutionen müssen weiterhin über die politische Macht und die notwendigen Strukturen verfügen, um bestimmte sensible Sektoren zu schützen und Standards zu bewahren,** die für unsere Lebensqualität wichtig sind. International vereinbarte Arbeits- und Umweltstandards müssen eingehalten und durchgesetzt werden. Die dauerhafte Verletzung von Arbeitsstandards sollte zur Verhängung von Geldstrafen führen.
- 9. Keine Beschränkungen der internationalen und europäischen Menschenrechtsstandards.** Die wenigen Informationen, die über die TTIP-Verhandlungen veröffentlicht wurden - oder durchgesickert sind -, werfen erhebliche Bedenken auf, dass unsere Forderungen sich nicht in der Vorgehensweise widerspiegeln, die von der die EU verfolgt wird.

Zum Beispiel:

Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt, ohne umfassende und effektive Beteiligung der Öffentlichkeit. Der Mangel an Transparenz und demokratischen Verfahren macht es den BürgerInnen und der Zivilgesellschaft unmöglich, die Verhandlungen zu beobachten, um sicherzustellen, dass das öffentliche Interesse gewahrt bleibt. Lobbygruppen der Wirtschaft erhalten privilegierten Zugang zu Informationen und können Einfluss auf die Verhandlungen nehmen.

Das vorgeschlagene Kapitel zum Schutz von Investitionen, besonders die Bestimmungen zum „Investor-State Dispute Settlement“ (ISDS) räumen InvestorInnen ein Sonderklagerecht



gegen Staaten ein, wenn demokratische Entscheidungen – von öffentlichen Institutionen im öffentlichen Interesse vorgenommen – angeblich negative Auswirkungen auf erwartete Konzernprofite haben. Diese Mechanismen beruhen auf Entscheidungen außerhalb der nationalen Gerichte. Sie unterminieren damit unsere nationalen Rechtssysteme und das der EU sowie unsere demokratischen Strukturen zur Gesetzgebung und zu einer Politik im öffentlichen Interesse.

Die Schaffung von neuen, antidemokratischen Governancestrukturen und -verfahren, die – wie der vorgeschlagene Regulierungsrat – „Regulierungen harmonisieren“ sollen, würden TTIP und andere Abkommen zu ‘lebenden’ Abkommen machen („living agreements“), die ständig im Geheimen von nicht gewählten BürokratInnen und VertreterInnen des Big Business weiterentwickelt würden. Diese undemokratischen Strukturen drohen wichtige Standards und Regeln zum Schutz öffentlicher Interessen abzusenken oder sie verbieten zukünftige Verbesserungen, unabhängig davon, ob sie notwendig sind oder es ein öffentliches Mandat dafür gibt.

Erkenntnisse aus Lobbydokumenten der Wirtschaft und Industrie offenbaren, dass der Fokus auf nichttarifäre Handelshemmnisse und regulatorische Konvergenz genutzt wird, um Deregulierung, vermehrte Investitions Garantien, verstärkte Monopolbildung an geistigen Eigentumsrechten und letztlich einen Unterbietungswettbewerb voranzutreiben. Wir fordern Sie auf, ein klares und starkes Signal an die VerhandlungsführerInnen zu senden, dass das Europäische Parlament TTIP und andere gleichartige Handels- und Investitionsabkommen ablehnen wird (so z.B. das EU-Kanada Abkommen CETA), weil sie nicht dem öffentlichen Interesse dienen und weil sie fundamentale Grund- und Freiheitsrechte bedrohen, die in langen demokratischen Kämpfen errungen wurden.

AN DER AKTUALITEIT

“L'après plans sectoriels“ aus der Sicht des Mouvement Ecologique: Begrüßenswerte Neuorientierung mit Nachholbedarf

Am Mittwoch, den. 25. Februar 2015, stellte die Regierung in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenammer die weitere Vorgehensweise in Sachen “Landesplanung” vor. Ein Kommentar aus der Sicht des Mouvement Ecologique



Oberstes Ziel der Landesplanung muss es sein, endlich die wichtigen regionalen Entwicklungsprojekte - wie «Agrarcenter Miersch», Diddelenger Schmelz, Nordstad... vor an zutreiben.

Die von der Regierung zurückbehaltene Vorgehensweise stellt einen regelrechten Paradigmenwechsel dar: **Statt einer ausschliesslich “von oben” diktierten Planung** - so wie die vorherige Regierung sie vorsah - und einer Bevormundung der Gemeinden, soll **ein partnerschaftliches Vorgehen von Staat und Gemeinden** erfolgen. Dies entspricht einer langjährigen Forderung des Mouvement Ecologique, der stets für klare Vorgaben der Landesplanung eintrat, die gemeinsam mit den Gemeinden einer Region **kooperativ** umgesetzt werden sollen. Der Mouvement Ecologique begrüßt mit Nachdruck, dass jetzt verstärkt die Leitlinien der Landesplanung mit den Flächennutzungsplänen (PAG) der Gemeinden verknüpft und endlich verstärkt eine **regionale Zusammenarbeit** gefördert werden soll(en).

Das nun vorgestellte Regierungsdokument enthält darüber hinaus eine Reihe anderer **begrüßenswerter Elemente**, die größtenteils auch seit langem ebenfalls vom Mouvement Ecologique eingefordert werden: Eine klare sachliche Analyse der Herausforderungen z.B. übermäßiger Flächenverbrauch, starkes Wachstum im ländlichen sowie peri-urbanen Raum, Förderung von “zentralen Orten”, Einbeziehen der Großregion, Schaffung finanzieller Steuerungsmechanismen u.a.m. Grundsätzliche gesellschaftliche Fragen werden ebenfalls der politischen Diskussion unterbreitet, wie z.B. das Spannungsfeld Privateigentum versus “intérêt general” und “utilité publique”. Auch die Absicht, die verschiedenen Planungsinstrumente (Landesplanungsprogramm, -gesetz und Pläne, sektorielle Gesetze) besser aufeinander abzustimmen und abzugrenzen, ist als Fortschritt zu werten.

Dennoch vermisst der Mouvement Ecologique einige wesentliche Aspekte in dem neuen Regierungsdokument.

- Eine Reihe von angeführten Instrumenten und Reformen wurden bereits von vorherigen Regierungen angekündigt, so z.B. die Reform der Gemeindefinanzen bzw. der Grundsteuer. So positiv es ist, dass erneut auf die Bedeutung dieser Reformen hingewiesen wird, so hätte man doch **Präzisionen zum Timing und zur Orientierung dieser Reformen** erwartet.
- **Die verstärkte Förderung der Kooperation zwischen den Gemeinden einer Region - gemeinsam mit dem Staat -**, ist sehr zu begrüßen. Allerdings: es ist gewusst, dass die bestehenden diesbezüglichen Strukturen in der Vergangenheit nur recht unbefriedigend (Bsp. Nordstad, Prosud) funktionierten. Erfolgt keine Analyse der Ursachen dafür, riskiert die Landesplanung erneut

am Wunschenken zu scheitern. Sind es fehlende menschliche Ressourcen (in den Gemeinden, der Region und auf der Ebene des Ministeriums), eine unzureichende Finanzierung von regionalen Projekten, Defizite im demokratischen Funktionieren der Strukturen...? **Entscheidend sind letztlich nicht erneute Strategiepapiere, sondern das was vor Ort erfolgt!**

- In den Entwürfen der sektoriellen Pläne, die Mitte letzten Jahres in die öffentliche Prozedur gingen, gab es eine ganze Reihe von Ungereimtheiten und Gegensätzen: Aktivitätszonen (z.B. Angersberg) ohne gute Anbindung an Straßen- / Schienennetz, große Siedlungsprojekte (projets d'envergure) auf der grünen Wiese ohne Anbindung an den öffentlichen Transport bzw. bestehende Zentren, Vielzahl von “communes prioritaires” u.a.m. Der Mouvement Ecologique hätte klarere Aussagen erwartet, wie **Wohnen, Arbeiten, Freizeit/Naherholung und Mobilität stärker auf einander abgestimmt** werden könnten und ob die umstrittenen **“projets d'envergure” nun ad acta** gelegt werden oder nicht.
- Die Entwürfe der sektoriellen Pläne der vorherigen Regierung berücksichtigten die **bestehenden** großen “Entwicklungsprojekte” (u.a. auf Industriebrachen) nicht. Ein Manko, der vom Mouvement Ecologique - und auch von Gemeindefseite - kritisiert wurde. Auch das aktuelle Dokument erwähnt diese nur am Rande! Dabei besteht ein sehr breiter Konsens, diese prioritär voranzutreiben, umso mehr als sie innerhalb von zentralen Ortschaften liegen, gut angebunden und eben die verschiedenen Nutzungsformen zusammenbringen: **“Agrocenter Miersch”, “Diddeleng Nei Schmelz”, “Nordstad”, Wiltz, “Lentille rouge” (Esch) u.ä. sind wegweisende Zukunftsprojekte mit regionaler Ausstrahlung:** sie müssten eines der Herzstücke eines Planungsdokumentes sein. Die gleiche Prioritätensetzung müsste verstärkt der **Mobilisierung auch anderer Baulandflächen** zukommen, die derzeit **in den bestehenden Flächennutzungsplänen (PAG)** ausgewiesen sind.

Die politischen Parteien werden in der angekündigten Orientierungsdebatte der Abgeordnetenammer die Möglichkeit haben, der Landesplanung endlich den **Stellenwert in der politischen Praxis** zu geben, den ihr im Sinne einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung zukommt. Eine Bewusstseinsbildung ist mittels der Vorlage der sektoriellen Pläne ohne Zweifel erreicht worden: es gilt nun zum konkreten Handeln überzugehen!



KURZ BERICHT



Jonker engagéiere sech...

... aktiv am Klimaschutz, fir e besseren öffentlichen Transport, méi eng gerecht Welt a villes méi.

so das Thema einer Veranstaltung des Mouvement Ecologique am 5. März 2015 im Bistro des Oekozer Pafendall. Susi Hammel, Hauptamtliche beim BUNDjugend Bundesverband, ehemalige Aktive im Vorstand von “Young Friends of the Earth Europe” stellte das Engagement in der BUND Jugend vor sowie die Art und Weise, wie Jugendliche in ihrem Engagement unterstützt werden.

Susi Hammel vertrat dabei die These, dass Jugendliche zwar selbstbestimmt arbeiten, jedoch auf eine gewisse Unterstützung zurückgreifen können müssten. Ohne hauptamtliche Begleitung wäre Jugendengagement kaum möglich. Spannend an der Veranstaltung war auch der Themen-Mix das im BUND Jugend aufgegriffen wird. Dieses reicht von gesellschaftspolitischen Dossiers wie dem Freihandelsabkommen Amerika-Europa bis zu ganz konkreten Fragen des eigenen Lebensstils (z.B. veganes Kochen).

Im Mouvement Ecologique wird nun diskutiert, wie das Jugendengagement im Mouvement gefördert werden kann. Haben Sie Interesse, dann teilen Sie uns das mit: meco@oeko.lu



Unterredung mit der DP

Nachdem die Regierung ihre Vorgehensweise in Sachen Landesplanung in der Abgeordnetenammer dargestellt hatte, fand eine Unterredung mit der DP vor allem zu Themen der Landesplanung statt. Diskutiert wurden dabei Fragen wie sich Bauland mobilisieren lasse, wie die regionale Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene gefördert werden könne und in welcher Form Landesplanung in Zukunft den ihr zukommenden politischen Stellenwert erhalten kann.

AN DER AKTUALITEIT

Umsetzung der Effizienz-Richtlinie in Luxemburg - Von wegen Vorreiterrolle!

Energieeffizienz ist – neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien – einer der zentralen Pfeiler einer nachhaltigen Energiewende für unser Land und darüber hinaus für die ganze Welt. Geht es doch darum, in allen Bereichen (Haushalte, Transport, Industrie, Handel, Landwirtschaft...) in Zukunft die gleiche Leistung mit deutlich weniger Energie zu erbringen, d.h. primär Energie durch eine effizientere Nutzung einzusparen. Luxemburg wollte Vorreiter sein. Doch bei zwei aktuellen Gesetzesprojekten missachtet sie leider dieses Ziel! Abänderungen an den Gesetzesentwürfen sind dringend notwendig, so der Mouvement Ecologique in einer Pressekonferenz



Das Thema «Energiearmut» muss von dieser Regierung Ernst genommen werden. Personen mit weniger Einkommen, dürfen nicht die Energiesparziele der Strom- und Gaslieferanten mitfinanzieren müssen...

Energieeffizienz ist - neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien - einer der zentralen Pfeiler einer nachhaltigen Energiewende für unser Land und darüber hinaus für die ganze Welt. Geht es doch darum, in allen Bereichen (Haushalte, Transport, Industrie, Handel, Landwirtschaft...) in Zukunft die gleiche Leistung mit deutlich weniger Energie zu erbringen, d.h. primär Energie durch eine effizientere Nutzung einzusparen.

Nur wenn unsere Gesellschaft zeitnah ihren Energiehunger zügelt wird es auch möglich sein, die immer noch benötigte Rest-Energie auf Basis von erneuerbaren und nachhaltigen Energieträgern wie Sonne, Wind und Biomasse zu produzieren. Und nur dann wird es auch möglich sein, große Teile der noch vorhandenen Reserven an Öl, Gas und Kohle im Boden zu belassen, anstatt sie zwecks Energiegewinnung zu verbrennen und uns geradewegs in die Klimakatastrophe zu schicken!

Das „20-20-20“ Klimapaket der EU sieht vor, die Energieeffizienz Europas bis 2020 um 20% zu verbessern. Dies geschieht durch verschiedene Instrumente, z.B. in dem die Wärmeschutzstandards für Gebäude heraufgesetzt, sparsamere Elektrogeräte oder Motoren Pflicht werden usw. Bei der Erhöhung der Wärmeschutzstandards für Wohn- und Nutzgebäude hatte Luxemburg in der Vergangenheit vorgelegt, auch die Beihilfen zur Sanierung von bestehenden Gebäuden können im europäischen Vergleich als gut bewertet werden.

Ganz anders sieht es nun aber bei der Umsetzung der sogenannten Einsparverpflichtungen gemäß Energieeffizienz-Richtlinie 2012/27/EU aus. Diese EU-Richtlinie sieht u.a. vor, dass Energielieferanten (oder Energienetzbetreiber) verpflichtet werden, zwischen 2015 und 2020 jährliche Einsparungen von 1,5% des nationalen Energieverbrauchs zu gewährleisten, dies um die Effizienzanstrengungen auf breiter Basis voranzubringen.

Soweit so gut, deckt sich doch diese Vorgabe durchaus mit dem eigenen Anspruch der Regierung, Luxemburg zu einem Vorreiter in Sachen Energieeffizienz zu machen. Aus Klimaschutzgründen, aber auch um Haushalte und Betriebe zu stärken und neue, sogenannte „Green Jobs“ zu fördern. Wie heißt es doch so schön im Regierungsprogramm: « ... la meilleure façon et l'approche la plus économique pour contribuer à la protection du climat est de

favoriser la sobriété et l'efficacité énergétique. Le Gouvernement est dès lors décidé d'ériger la transition énergétique au rang de priorité politique et de la mettre en œuvre conjointement et en synergies avec les PME, les communes, les citoyennes, les citoyens et la Grande Région. Nous pourrions ainsi créer de la valeur au niveau national et local et générer des emplois que ce soit dans les domaines de l'assainissement des logements, de la mobilité, des écotecnologies en général et des énergies renouvelables en particulier. Le Gouvernement entend faire du Luxembourg un pionnier en ce qui concerne l'efficacité énergétique et les énergies renouvelables dans la Grande Région.»

Ein klares Bekenntnis also zu verstärkten Effizienzanstrengungen, zum Wohle von Haushalten, Betrieben, Klima und Arbeitsplatzförderung. Umso erstaunlicher und bedauerlicher ist es, dass Luxemburg die Umsetzung dieses Teils der Energieeffizienz-Direktive erst mit zeitlicher Verzögerung angeht. Denn die beiden Gesetzesentwürfe 6709 und 6710 wurden erst im Juli letzten Jahres an den Staatsrat zur Begutachtung geschickt, obwohl die Umsetzung der EU-Direktive schon hätte bis 4. Juni 2014 erfolgen müssen.

Viel bedauernswerter aber: Inhaltlich stehen diese 2 Gesetzesentwürfe im starken Widerspruch zum Versprechen des Regierungsprogrammes. Von der Ambition nach einer hohen Energieeffizienz oder einer Vorreiterrolle in der Großregion kann hier keine Rede mehr sein.

Quantitativ setzt Luxemburg hiermit nur minimale Energieeffizienzziele um. Und die Art und Weise, wie dies geschehen soll, ist in den Augen des Mouvement Ecologique fragwürdig! Der Mouvement Ecologique reagierte deswegen Ende 2014 mit einer Stellungnahme auf diese Regierungspläne, in der Hoffnung, in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenversammlung würden die notwendigen Änderungen vorgenommen. Leider war dies bisher nicht der Fall, auch auf die Anfrage einer Unterredung beim zuständigen Minister Etienne Schneider erhielten wir bis dato keine Reaktion.

Hier sollen wohl vollendete Tatsachen geschaffen werden, fragt sich nur in wessen Interesse?

Anstelle einer Beschränkung auf Strom und Gas: Die Energielieferanten des Transportsektors dürfen nicht ausgeklammert werden!

Bei den beiden Gesetzesvorlagen handelt es sich „nur“ um die Umänderung der bestehenden Gesetze zur Organisation von Gas- und Strommarkt. In den Artikeln 5 (6710) und 14 (6709) der Vorlagen werden die, gemäß Direktive, zu erbringenden Einsparungen quantifiziert: 6185 GWh in den Jahren 2015-2020. Und es werden die Gruppen von Energielieferanten genannt, denen sie auferlegt werden: eben nur die Strom- und Gaslieferanten.

Ein solches System der Einsparverpflichtungen, wie es schon in mehreren europäischen Ländern und in Teilen der USA funktioniert, bedeutet, dass Energieversorger in Zukunft verpflichtet sind, Energieeinsparung bei ihren eigenen Kunden oder bei Kunden von anderen Energielieferanten zu generieren. So kann zum Beispiel ein Gasversorger die Umstellung eigener Kunden auf energieeffiziente Gasbrennwertkessel unterstützen, er könnte aber auch z.B. die Anschaffung von sparsamen Elektrogeräten durch Kunden von Stromversorgern unterstützen. Für beides erhält er, nach Prüfung durch eine Regulierungsbehörde, Zertifikate mit denen er belegen kann, dass er seiner Verpflichtung nachgekommen ist. Die Summe der durch den einzelnen Lieferanten zu erbringenden Einsparungen ergibt sich dabei durch die Menge der durch ihn im Vorjahr verkauften Energie. Das Ziel pro Lieferant wird also jährlich an die Realität des nationalen Energiemarktes angepasst.

Um also flächendeckend die Effizienz in Luxemburg voranzubringen - und so auch möglichst viele neue „Green Jobs“ zu schaffen - macht es somit Sinn, das Gesamtvolumen der Einsparverpflichtungen so hoch wie nur möglich anzusetzen, und alle Energieversorger in dieses System einzuspannen. Die bis jetzt in Luxemburg vorgesehenen Einsparungen von 6185 GWh für den Zeitraum 2015-2020 stellen aber nur das von der EU-Direktive verlangte, strikte Minimum dar. Denn Luxemburg schöpft in der Tat alle Möglichkeiten aus, die Energieeffizienzziele auf ein striktes, von der EU-vorgegebenes Minimum zu beschränken.

Denn die Direktive erlaubt es, gewisse Energieverbräuche - z.B. aus dem Transportsektor, der für Luxemburg rund 50% des totalen Energiekonsums ausmacht – bei der Festlegung des Einsparziels nicht zu berücksichtigen. Ohne allerdings, dass diese Minderungen mehr als 25% des ursprünglichen Einsparziels (d.h. 1,5% aller Verbräuche jährlich) ausmachen dürfen.

Luxemburg nutzte diese Möglichkeit der Ausklammerung einzelner Sektoren - und somit der Minderung des Einsparziels - voll aus, obwohl sie kein Muss, sondern eine politische Entscheidung des jeweiligen Landes ist! Auch wenn dies a priori eine Entscheidung des Wirtschaftsministers / der „Direction de l'Énergie“ ist: die anderen Regierungsmitglieder scheinen diese Vorgehensweise zumindest zu billigen. **So bleiben von einer jährlichen Einsparverpflichtung von 1,5% nur noch 1,125% übrig. Sicherlich kein Bekenntnis zum Regierungsprogramm, denn Vorreiter sein geht anders!**

Dabei wäre es doch gerade sinnvoll, dass die Einsparverpflichtungen sich auf den gesamten nationalen Energiekonsum beziehen, also auch auf den des Transportsektors. Dieser bringt bekannter Weise besonders negative Konsequenzen für die Klimabilanz unseres Landes mit sich - und es wird höchste Zeit, einen graduellen Ausstieg vorzubereiten. Eine jährliche Einsparverpflichtung auch

für Benzin-, Diesel-, Kerosin- und Heizöllieferanten wäre hierfür sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung! Ebenso sollten die Lieferanten von Wärme über Nah- oder Fernwärmenetze mit in die Pflicht genommen werden

Dies ist auch eine Frage der Gerechtigkeit: Wieso eigentlich sollten Strom- und Erdgaslieferanten alleine die Last schultern, die aufgrund des Energieverbrauchs von allen Energielieferanten und deren Kunden errechnet wurde? Warum also nicht die Lieferanten aller Energieträger, neben Strom und Gas eben vor allem Benzin und Diesel, aber auch Heizöl oder Kerosin in die Pflicht nehmen?

Und natürlich ohne vorher die Einsparsumme künstlich um 25% runter zu drücken – schließlich will man doch – siehe Zitat Regierungsprogramm – eine Vorreiterrolle spielen, oder?

Effizienzanstrengungen Ja - aber die soziale Komponente dabei nicht vergessen

Effizienz ist wichtig, nicht nur für Betriebe und öffentliche Einrichtungen, sondern auch für Haushalte, um in Zukunft die Energiekosten in den Griff zu bekommen. Zugleich muss eine solche Umgestaltung der Energiemärkte auch dazu dienen, bestehende soziale Härtefälle (Stichwort Energiearmut) zu mildern und Kosten sowie Gewinne der Energieeffizienz gerecht zu verteilen.

Auch in diesen Punkten besteht eindeutig Nachbesserungsbedarf was die vorliegenden Gesetzesentwürfe betrifft: Denn das Phänomen der Energiearmut könnte kurzfristig durch die Luxemburger Art und Weise die Anstrengungen in Sachen Effizienz anzugehen sogar noch steigen. In der Tat sehen die beiden Gesetzesentwürfe vor, dass die Investitionen welche zum Erreichender Einsparungen getätigt werden müssen, als eine „obligation de service public“ angesehen werden und die Kosten hierfür via einem neuen, noch zu definierenden Kompensierungsmechanismus auf die Kunden verteilt werden können.

Auch wenn diese Passage in den vorliegenden Entwürfen äußerst schwammig formuliert ist (wie übrigens noch viele weitere): in der Realität wird dies wohl bedeuten, dass alle Kunden, also auch finanziell schwache Haushalte, die Kosten der Effizienzbestrebungen anteilig zu ihrem Energieverbrauch tragen müssen, aber auf lange Zeit nicht in den Genuss von Effizienzgewinnen kämen.

Denn die Erfahrungen aus dem Ausland, z.B. in Dänemark, zeigen, dass die Anstrengungen der Lieferanten auf dem Gebiet der Effizienz via Einsparverpflichtung sich vor allem auf ihre Großkunden aus Industrie und Dienstleistungssektor konzentrieren, ganz einfach, weil hier bei einigen wenigen „viel zu holen“ ist. In einer ersten Phase werden also die kleinen Kunden zur Kasse gebeten, ohne in den Genuss von Effizienzgewinnen zu kommen.

Doch bereits jetzt ist die Zahl der Haushalte, die auf Hilfe durch die „offices sociaux“ angewiesen sind um ihre Energiekosten zahlen zu können, erschreckend hoch (alleine 2011 wurden trotzdem 202 Kunden wegen Nichtbegleichung der Rechnungen des Gasanschlusses gesperrt).

Der Mouvement Ecologique teilt deswegen die Forderung der „Chambre des Fonctionnaires et Employés publics“ aus ihrer Stellungnahme vom 13.10.2014, die Möglichkeiten, die die Direktive in diesem Bereich bietet auch zu nutzen.

Unsere Organisation fordert deswegen in die jeweiligen Entwürfe die Definition eines „client vulnérable“ aufzunehmen um, wie es die Direktive

... Folge Seite 4



(Artikel 7) formuliert: „... können die Mitgliedstaaten in die von ihnen auferlegten Einsparverpflichtungen Anforderungen mit sozialer Zielsetzung aufnehmen, wozu auch die Vorgabe gehören kann, dass ein Teil der Energieeffizienzmaßnahmen vorrangig in von Energiearmut betroffenen Haushalten oder in Sozialwohnungen umzusetzen ist“.

Eine Definition des „client vulnérable“ (oder „client fragilisé“) gehört also in die Gesetzesvorlagen, um dann via Ausführungsreglements dieser Kundengruppe gezielt kostenneutrale Angebote zur Effizienzsteigerung zukommen lassen zu können. Solche Initiativen gibt es übrigens bereits im Ausland, z.B. in Frankfurt am Main wo die Caritas spezielle Energieberatungsprogramme in finanzschwachen Haushalten durchführt.

Fehlende Ausführungsreglemente machen die Gesetzesvorlagen zur „Virwëtzttut“

Der Méco kann überdies nur bedauern, wie dies auch der Staatsrat in seinem Gutachten vom 11.11.2014 tat, dass die Gesetzesentwürfe 6709 und 6710 in vielen Punkten äußerst vage bleiben und vielfach – vor allem ihre konkrete Umsetzung anbelangt - auf im Moment noch nicht vorliegende „règlements grand-ducaux“ verweist.

So fehlen sowohl das „règlement grand-ducal“ das definiert, welche Maßnahmen sich die Energieversorger im Rahmen der Einsparverpflichtungen anrechnen lassen können - also konkret was als Effizienzanstrengung anerkannt wird - als auch das „règlement grand-ducal“ über den zukünftigen Kompensierungsmechanismus, der die Verteilung der Kosten dieser Effizienzanstrengungen regeln soll.

HierfürscheintwohlderhoheZeitdruck,verursachtdureine verspätete legislative Prozedur, der Grund zu sein. Dennoch ist der Mouvement Ecologique der Meinung, dass die parlamentarische Kommission die Gesetzesentwürfe erst wirklich inhaltlich werten kann, wenn diese „règlements grand-ducaux“ vorliegen. Bis dahin sollten die Arbeit an den Entwürfen respektive die Abstimmung hierüber in der Abgeordnetenversammlung unserer Meinung nach ruhen.

Denn dass diese beiden Gesetzesentwürfe erst auf den parlamentarischen Weg gebracht wurden als die europäische Direktive schon hätte umgesetzt sein müssen, darf nicht als Vorwand gelten, jetzt eine unvollständige, ungenaue oder unsoziale Reform der Märkte für Erdgas und Strom in die Wege zu leiten. Der Mouvement Ecologique fordert deshalb von Minister E. Schneider - in Zusammenarbeit mit dem zuständigen parlamentarischen Ausschusses - die notwendigen Verbesserungen an den Gesetzesentwürfen vorzunehmen, indem

- **Das Gesamtvolumen der jährlichen Einsparverpflichtungen 2015 - 2020 auf 1,5% des gesamten nationalen Energieverbrauchs, also inklusive Transport festgelegt wird;**
- **Alle Energieträger, respektive deren Lieferanten, zu Einsparungen verpflichtet werden;**
- **Die soziale Komponente (Stichwort Energiearmut) in die Gesetze und die Ausführungsreglemente einbezogen wird;**
- **Die großherzoglichen Reglemente zeitgleich mit den Gesetzesvorlagen in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenversammlung besprochen werden.**

Es wäre der Kohärenz der Energie- und Klimapolitik unseres Landes sicherlich zuträglich, wenn das Thema Effizienz auch in den für Juni geplanten Orientierungsdebatten im Parlament ein Hauptthema ist. Im Rahmen der, vom Mouvement Ecologique schon lange geforderten, nationalen Energiestrategie könnte anschließend ein erweitertes Paket an sowohl klimafreundlichen wie sozial gerechten Effizienzmaßnahmen geschnürt werden.

AUS DE REGIONALEN - GEMENGEN- A REGIONALENTWECKLUNG

Wéi eng Entwécklung zu Miersch?

Anfang Januar fand eine Unterredung statt zwischen der Regionale „Miersch an Emgëigend“ und dem Merscher Schöffenrat, vertreten durch die beiden Schöffen Michel Reiland und Michel Malherbe, sowie dem Chef de Service André Kaluza. Bürgermeister Albert Henkel konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht anwesend sein. Ein kurzer Bericht der Sitzung.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde über das Projekt „Quartier Gare“ gesprochen, welches die Umgestaltung des Areals „Agrarzentrum Mersch“ begreift. Einigkeit bestand, dass die Entwicklung dieses Gebietes direkt im Zentrum von Mersch, angrenzend an den Bahnhof, mit der Möglichkeit neue Wohnsiedlungen, Naherholungsräume u.a.m. zu gestalten, eine einmalige Chance für Mersch darstellen würde. Insofern bedauerte die Regionale des Mouvement Ecologique, dass das Projekt scheinbar nicht richtig vorankomme. Die Vertreter des Schöffenrates führten an, es würde zwar weiterhin am Projekt gearbeitet, allerdings gälte es noch einige Hürden zu überwinden. So würde es noch Divergenzen mit den Besitzern geben, was die zulässige Baudichte betrifft. Hier würden die Besitzer eine Dichte anstreben (4-5 Stockwerke), die nach Ansicht der Gemeinde und den zuständigen Ministerien für die Gemeinde Mersch unangemessen wäre. Die neuen Häuser und Bauten müssten sich doch in das Bild von Mersch integrieren, was bei einer nochmals gesteigerten Dichte nicht mehr gegeben wäre. Ein weiteres Problem sind die Altlasten, sowie die Tatsache, dass noch immer eine Aktivität auf dem Areal stattfindet. Diese ist zwar begrenzt, hemmt jedoch die weitere Entwicklung.

Der Mouvement Ecologique führte erneut an, dass es seiner Meinung nach sinnvoll sein könnte, das Gebiet im Rahmen des sektoriellen Planes Wohnungsbau als sogenanntes «projet d'envergure» auszuweisen, damit Staat und Gemeinden über mehr Mittel verfügen würden, um ein derartiges Projekt im Sinne der Allgemeinheit voranzutreiben. Die Gemeindevorstandlichen erörterten, ihren Informationen zufolge würde die Ausweisung als «projet d'envergure» jedoch nicht die erwarteten Erfolge bringen.

Man mag nur hoffen, dass Staat und Gemeinde gegenüber den Grundstücksbesitzern deutliche Worte sprechen, damit ein derart wichtiges Projekt für Mersch im Zentrum des Landes nicht weiterhin blockiert wird.

Auch das Projekt „En neit Gesiicht fir Miersch“ käme nicht mit dem wünschenswerten Elan voran, da es auch hier Probleme mit den Besitzverhältnissen gäbe, so die Vertreter des Schöffenrates. U.a. müsse ein dort ansässiger Betrieb und die Sportinfrastrukturen ausgelagert werden. Es fehle aber nach wie vor an neuen geeigneten Standorten. Außerdem würde die Verkehrsplanung ein Problem darstellen, u.a. erachte der Schöffenrat, dass bevor die rue G.-D. Charlotte als „shared space“ Straße zurück gebaut werden kann, erstmals die „voie de substitution“ zwischen Auffahrt A7 auf Mierscherbiert und der Straße Beringen-Moesdorf gebaut werden muss, was anfänglich vom Nachhaltigkeits- und Infrastruktur-Ministerium nicht unbedingt positiv erachtet wurde.

In diesem Zusammenhang hob der Mouvement Ecologique erneut seine ablehnende Haltung gegenüber der Aktivitätszone in „Angelsberg“ hervor. Dies aus den bekannten Gründen: Zerschneidung der Landschaft, Problematik der Verkehrsanbindung, nicht angepasste Infrastrukturen u.a.m. Die Vertreter des Schöffenrates gaben an, sie würden eher einen Ausbau der Aktivitätszone auf dem Merscher Berg ins Auge fassen, was jedoch aufgrund von bestimmten Naturschutzaspekten seitens des Nachhaltigkeitsministeriums skeptisch beachtet würde. Auch sei eine bessere Verkehrsanbindung an diese Zone notwendig.

Die Regionale Mersch des Mouvement Ecologique bekräftigte erneut, wie wichtig ihrer Ansicht nach die Projekte „En neit Gesiicht fir Miersch“ und „Agrarzentrum“ sind, um innovative Siedlungsprojekte (wie z.B. Wohnen ohne Auto) voranzutreiben. Eine regionale Aktivitätszone in Angelsberg kommt für den Mouvement Ecologique zudem auf keinen Fall in Frage.

In den kommenden Wochen soll mit den betroffenen Mitgliedern sowie den jeweiligen Fachgruppen (Naturschutz, Mobilität) des Mouvement Ecologique die Frage der neuen Verkehrsverbindungen sowie dem Ausbau der bestehenden Zone auf Merscher Berg erneut erörtert werden.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war ein von einer Privatperson geplantes und vom Gemeinderat genehmigtes Bauprojekt in der rue de Beringen, welchem ein „plan directeur“ beigefügt ist, der Wohnhäuser in dem anstehenden Park zwischen der „rue Servais“ und der „rue Bouvart“ vorsieht.“

Der Mouvement Ecologique versperre sich nicht gegen eine Siedlung an diesem Standort, so die Vertreter im Rahmen der Unterredung, doch müsse eine kohärente Planung für das Areal sicherstellen, dass die Interessen der heutigen Anrainer einbezogen werden. Der Schöffenrat führte an, dass Teile des Areals bereits heute bebaubar sind und die zurückbehaltene Variante im Interesse der Anrainer sei. Die detaillierten Planungen würden durchaus Spielräume, öffentliche Plätze usw. für die gesamte Nachbarschaft vorsehen. Wie gesetzlich vorgeschrieben, würde hier noch die öffentliche Prozedur stattfinden.



Einigkeit war im Laufe der Sitzung darüber, dass das Projekt «Agrarzentrum» unbedingt als Chance für Mersch und die gesamte Region vorangetrieben werden soll.

In diesem Zusammenhang betonten die Vertreter des Mouvement Ecologique erneut die Bedeutung einer weitgehenden Bürgerbeteiligung. Auch die Vertreter des Schöffenrates zeigten sich offen für dieses Instrument, legten jedoch auch die damit verbundenen Probleme dar (Bei welchem Projekt beteiligen? Welche Bürger bringen sich ein und welche nicht?). Der Mouvement Ecologique verwies darauf, dass diese Probleme durchaus bekannt, aber lösbar wären. Die positiven Auswirkungen einer guten Bürgerbeteiligung würden jedoch auf der Hand liegen.

Letzter Punkt der Tagesordnung war der Flexibus, die Parkplatzproblematik am Bahnhof sowie generell die Busverbindungen aus den umliegenden Ortschaften. Der Mouvement Ecologique drängte dabei erneut darauf, dass die Gemeinde Mersch sehr vom Verkehr der umliegenden Ortschaften belastet wird und eine Lösung im Rahmen eines regionalen Mobilitätskonzeptes von Nöten sei. An diesem würde zwar derzeit mit den Alzettegemeinden gearbeitet, doch lägen keine ausreichenden öffentlichen Informationen vor.

Doch hier ist Mersch auch gefordert, um zusammen mit dem Transportministerium und den anderen umliegenden Gemeinden (Boevingen, Bissen, Nommern und Fischbach), welche nicht zu den Gemeinden des Alzettegebiets gehören, deren Einwohner aber Mersch als Umsteigeplattform für den öffentlichen Transport nutzen, weiterführende Konzepte auszuarbeiten. Der Flexibus, welcher für die Gemeinde einen nicht zu vernachlässigenden Kostenpunkt darstellt, weist durchaus noch Verbesserungspotenzial auf. So ist er meistens mit nur einem Fahrgast besetzt, und für spontane Fahrten kaum verfügbar, was aber dem ursprünglichen Konzept nicht entspricht. Der Betreiber scheint hier keine wesentlichen Anstrengungen zu unternehmen, um Remedur zu schaffen, da sein Einkommen so oder so gesichert ist. Hier könnten also Pilotprojekte, wie das zeitweise Einsetzen der zur Verfügung stehenden Busse als City-Busse, Aufschlüsse über eventuelle Verbesserungen bringen. Ziel sollte auf jeden Fall sein, dass zeitgleich mehrere Fahrgäste mit einem Flexibus befördert werden können, und nicht wie bisher, ein Individualtransport mit Fahrer gewährleistet wird.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass auf jeden Fall ein reger Austausch von Argumenten stattfand und dass das Gespräch in einem angenehmen Klima verlief.

Mitgeteilt von der Regionale „Miersch an Emgëigend“ des Mouvement Ecologique

AM FOKUS

Unterredung mit Innenminister D. Kersch: „Réforme administrative“, Gemeindefinanzen, Landesplanung...

Rezent fand eine anregende Diskussion zu einer Reihe von wichtigen kommunalpolitischen Themen zwischen Innenminister Dan Kersch, seinen Beamten sowie dem Mouvement Ecologique statt.

Zentraler Punkt der Unterredung war die anstehende **„simplification administrative“** sowie das damit verbundene sog. **„Omnibus“-Gesetz**.

Zunächst hob der Minister hervor, dass die neue Regierung eine Reihe von Bestimmungen des Entwurfes der vorherigen Regierung nicht übernommen hat. Der Mouvement Ecologique begrüßte diese Tatsache ausdrücklich: Effektiv hätten diese sehr tiefe Einschnitte in Bürgerrechte sowie den Natur- und Umweltschutz bedeutet. Insofern ist es positiv, dass ein gewisses Umdenken stattgefunden hat.

Die Bedeutung der **„étude préparatoire“** (PAG)

Der Mouvement Ecologique legte einige zentrale Kritikpunkte aus seiner Sicht am heutigen Entwurf dar. So komme z.B. der sogenannten **«étude préparatoire»**, welche die **Grundlage eines neuen Flächennutzungsplanes** darstellt, eine große Bedeutung zu. Der Stellenwert dieses Dokumentes würde aber im sogenannten «Omnibus»-Gesetz geschmälert.

In der **«étude préparatoire»** soll die heutige Situation in der Gemeinde (z.B. betreffend die Mobilität, die öffentlichen Infrastrukturen, die Nahversorgung...) sowie darauf aufbauend die verschiedenen Entwicklungsoptionen für die Zukunft untersucht werden. Für den Mouvement Ecologique ist diese **«étude préparatoire»** eine wichtige Basis, damit die Diskussion über die Entwicklung der Gemeinde auf einer sachlichen Basis erfolgen kann: Wo stehen wir heute? Wo wollen wir hin? Sie sollte sogar nach Ansicht des Mouvement Ecologique aufgewertet werden, indem sie z.B. mit den BürgerInnen diskutiert wird. Erst nachdem ein Konsens über die Orientierung der zukünftigen Entwicklung der Gemeinde bestünde, so der Mouvement Ecologique, solle der Flächennutzungsplan erstellt werden.

Dieser sei eigentlich nur Ausdruck der Vorstellungen, die aufgrund der **«étude préparatoire»** festgehalten werden. Der Minister bekräftigte eine gute derartige Studie sei auch für ihn von grundlegender Bedeutung. Allerdings müsse sichergestellt werden, dass diese nicht zu sehr in allgemeine Erläuterungen ausarten würde, sondern sich wirklich, praxisorientiert auf die kommunale Entwicklungsoptionen konzentrieren würde. Deshalb würde im Rahmen der **«réforme administrative»** die Bedeutung dieser **«étude préparatoire»** auch nicht geschmä-

lert. Vielmehr würden die Details lediglich nicht mehr via Gesetz, sondern im vorgesehenen großherzoglichen Reglement geregelt. Der Mouvement Ecologique zeigte Verständnis für diese Vorgehensweise, allerdings fehle seiner Ansicht nach im Gesetz ein Verweis auf das Reglement, so dass er die Befürchtung habe, das Reglement würde **«gestrichen»**. Der Minister sagte zu, dass eine gesetzliche Verankerung des Reglementes erfolgen soll. Außerdem würde im Innenministerium an einem Leitfaden gearbeitet, dem eine sinnvolle **«étude préparatoire»** entsprechen müsse.

Der Mouvement Ecologique würde es zudem begrüßen, wenn gesetzlich verankert werden würde, dass die BürgerInnen über die **«étude préparatoire»** informiert und in die damit verbundene Fragestellung **«Wéi eng Entwécklung fir d'Gemeng»** eingebunden werden müssen. Der Minister wollte diese Vorgabe zwar nicht gesetzlich verankern, allerdings zeigte er sich im Laufe der Diskussion offen, den Gemeinden mittels einer ministeriellen **«circulaire»** ans Herz zu legen, beratende kommunale Gremien und BürgerInnen in die Diskussion über die **«étude préparatoire»** einzubinden.

Vorteile für die BürgerInnen

Der Mouvement Ecologique verwies des Weiteren erneut darauf, dass die **«simplification administrative»** auch verstärkt im Dienste der BürgerInnen stehen sollte, auch für sie wären Verbesserungen an Prozeduren notwendig. Der Minister stimmte dem zu, gab aber an, seiner Meinung nach enthalte der vorliegende Gesetzesentwurf bereits erste Schritte in diesem Sinne. Außerdem würde ja ein **«Omnibus-Gesetz 2»** vorgelegt, in dem derartige Belange weiter aufgegriffen werden könnten. Er seinerseits wäre sehr offen für konkrete Anregungen seitens der BürgerInnen in diesem Sinne. Außerdem verwies er auf eine Internetseite (<http://www.vosidees.lu/>), auf welcher BürgerInnen bereits heute derartige Vorschläge formulieren könnten. Diese würden vom Ministerium Ernst genommen und auch entsprechend bearbeitet. Von seiner Stelle aus richtete er einen Aufruf, sich verstärkt daran zu beteiligen. Der Mouvement Ecologique wird sich weiterhin konsequent für einen Ausbau der Bürgerrechte bzw. eine **« simplification administrative »** auch in derem Sinne einsetzen.



Im Laufe der Unterredung sicherte der Minister zu, er würde den Gemeinden empfehlen, die EinwohnerInnen stärker in die Erstellung der Flächennutzungspläne (PAG einzubinden (»étude préparatoire«)).

Begutachtung von Teilbebauungsplänen (PAP)

Unter der neuen Regierung wurde in Zusammenhang mit der Begutachtung von Teilbebauungsplänen (PAP) eine **«plateforme de concertation»** eingesetzt, im Rahmen derer Vertreter verschiedener Ministerien mit Gemeinden, Planungsbüros und Promotoren in einem frühen Stadium (Vorprojekt) über ein Siedlungsvorhaben diskutieren. Ziel ist es dabei, im Vorfeld der Planungen mit den betroffenen Akteuren über die Gestaltung und Genehmigungsbedingungen eines Projektes zu diskutieren. Der Mouvement Ecologique begrüßte diese Neuerung, erachtete aber eine Veröffentlichung der Kriterien, auf deren Basis die Projekte erarbeitet werden, als zentral im Hinblick auf eine Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen.

Umklassierung von Bauland in Grünzone

Ein Austausch fand zudem über das sogenannte **«Walferdinger Urteil»** statt. Bei diesem geht es grundsätzlich darum, ob eine Gemeinde im PAG ausgewiesenes Bauland in eine Grünzone u.ä. umklassieren kann, ohne dabei a priori Ausgleichszahlungen leisten zu müssen. Einigkeit bestand zwischen Mouvement Ecologique und Innenministerium darin, dass das Urteil klar besage, dass der mit der Umklassierung verbundene Verlust für den Besitzer im Verhältnis des Nutzens für die Allgemeinheit stehen müsse. Dies bedeute jedoch nicht, dass automatisch eine Entschädigung fällig würde: vielmehr müsse von Fall zu Fall eine Abwägung über die Verhältnismäßigkeit zwischen öffentlichem Interesse der Umklassierung und dadurch entstandenen Nachteilen für den Eigentümer erfolgen.

«Zones inondables»

Was die **«zones inondables»** anbelangt, hat die Regierung jetzt einen aktualisierten Entwurf des Hochwasserrisiko-Managementplanes sowie des **«Entwurfes des Maßnahmenkataloges»** vorgestellt: Siehe http://www.eau.public.lu/directive_cadre_eau/directive_inondation/index.html.

Einigkeit zwischen Innenministerium und Mouvement Ecologique bestand darin, dass es der einzelnen Gemeinde überlassen bleiben muss, inwiefern sie strengere Kriterien als die nationalen Anforderungen anwenden will. Immerhin würde die Gemeinde ja auch die Endverantwortung für die Siedlungsentwicklung in der Gemeinde tragen.

Reform der Gemeindefinanzen

Der Minister informierte zudem über den Stand der Dinge in Sachen **«Reform der Gemeindefinanzen»**. Dabei hob er erneut hervor, dass es seiner Meinung nach vorrangig wäre, Ungerechtigkeiten zwischen Gemeinden zu mindern was das Finanzaufkommen anbelangt. Dies würde für ihn eine Voraussetzung der Gemeindefinanzreform darstellen. Entsprechende Vorschläge werden vom Innenministerium demnächst vorgestellt. Der Mouvement Ecologique verwies seinerseits auf die Einbeziehung von Kriterien der regionalen Entwicklung in die Reform der Gemeindefinanzen. Außerdem müssten Aufgabenbereiche, die derzeit unzufriedenstellend geregelt sind, wie z.B. die Verpflichtungen der Gemeinden in Sachen Naturschutz, klarer geregelt werden.

Angesprochen wurde ebenfalls die Frage der Besteuerung von nicht mobilisiertem Bauland resp. leerstehenden Häusern. Für den Mouvement Ecologique ist es elementar vor der Ausweisung von neuem Bauland hier endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Grundsätzlich ist der Innenminister ebenfalls der Meinung, das Thema müsse im Rahmen der generellen Steuerreform (die ebenfalls die Reform der Grundsteuer beinhaltet) angegangen werden.

Sektorielle Pläne

In Sachen **«sektorische Pläne»** begrüßte der Mouvement Ecologique die Bewusstseinsbildung, welche bei Gemeinden und BürgerInnen durch die Diskussion der letzten Monate entstanden ist. Konsens bestand darin, dass eine kohärentere Planung des Landes unabdingbar wäre, allerdings müsse dies auch im Dialog mit Akteuren, also vorrangig den Gemeinden, erfolgen. Was die Rolle des Innenministeriums anbelangt, so wurde im Besonderen die Rolle der **«zentralen Orte»** (centres de développement et d'attraction - CDA) angesprochen, die laut Innenminister D. Kersch in Zusammenhang mit dem regionalen Umfeld gesehen werden sollte. Generell wäre eine regionale Herangehensweise bzw. eine regionale Zusammenarbeit sinnvoll.

Nachhaltige Siedlungsviertel

Festgestellt wurde, dass derzeit unterschiedliche Projekte erfolgen, um Kriterien und Prozesse neuer nachhaltiger Siedlungsviertel (quartiers, cités) zu definieren. Es sei notwendig, so die gemeinsame Feststellung, diese im allgemeinen Interesse, zusammenzuführen.



Der Minister richtete einen Aufruf, dass jeder Einwohner seine Anregungen im Rahmen der **«simplification administrative»** einbringt: <http://www.vosidees.lu/>

AUS DE REGIONALEN - EMWELTPOLITIK

ARCELOR/MITTAL-Elektrostahlwerk Esch/Belval „Grenzwertüberschreitungen: es reicht!“

Mouvement Ecologique und Stop Dioxin prangern Tatenlosigkeit des Nachhaltigkeitsministeriums an!

Seit nunmehr fünf Jahren besteht ein „comité de suivi“, welches die Aufgabe hat, den Betrieb des ARCELOR/Elektro-Ofens auf Esch/Belval zu begleiten. Dieses Gremium wurde im Rahmen der Kommodo-Inkommodo Genehmigung betreffend die Verbrennung von Altreifen, für das Elektrostahlwerk verankert, um auch Gemeinden und BürgerInnen die Möglichkeit zu geben, den Respekt der Auflagen der Elektrostahlwerke zu begleiten.

Mitglieder dieses Gremiums sind neben dem Betreiber, die Umweltverwaltung sowie die betroffenen Gemeinden und die unterzeichnenden Umweltorganisationen Mouvement Ecologique – Regionale/Süden und die Biergerinitiative Stop Dioxin.

1. Grenzwerte für Emissionen¹ und Immissionen² werden weiterhin überschritten - Gemeinde Esch misst höchste Belastung seit 2006!

¹ Schadstoffkonzentration an der Quelle (Kamin)
² Schadstoffkonzentration in einem Medium (Boden, Gemüse...)

Während der vergangenen Jahre wurden immer wieder Überschreitungen der Grenzwerte sowohl am Kamin der Anlage wie im Gemüse der angrenzenden Gärten „an Elsebrech“ festgestellt (siehe auch Pressemitteilung von Dezember 2013).

Entsprechend wurden die ARCELOR/MITTAL-Verantwortlichen immer wieder angehalten, endlich die notwendigen Verbesserungen durchzuführen, damit sich die Umweltsituation dauerhaft verbessert.

Doch erneut wurden die Mitglieder der Begleitgruppe im Rahmen der letzten Sitzung im November 2014 über massive Grenzwertüberschreitungen informiert.

Dabei handelt es sich vor allem um die Stoffe PAK (auch HAP genannt; Polyaromatische Kohlenwasserstoffe), SO₂ (Schwefeldioxid), CO (Kohlenstoffmonoxid) und COT bzw. TOC (Totaler organischer Kohlenstoff), die seit Jahren in unerlaubten Mengen in die Atmosphäre freigesetzt werden und eindeutig gesundheitsgefährdend sind.

Die Überschreitung dieser Grenzwerte deutet auf eine Fehlfunktion des gesamten Prozesses hin und insbesondere auf größere Probleme in der Nachverbrennungs- und Filteranlage.

Einige Auszüge aus der Messkampagne von April 2014 (siehe Tabelle unten):

Dem Mouvement Ecologique und Stop Dioxin liegen ebenfalls sämtliche monatlichen Messresultate für TOC (bzw. COT) der letzten beiden Jahre vor (Anlage 2). Hier ist eine **quasi tägliche Überschreitung** festzustellen.

Einige Auszüge aus der Messkampagne von April 2014:

Parameter	Einheit	Messwerte	Grenzwert	Bemerkungen
HAP (PAK)	µg/m ³	53 105	50	mehr als 2-fache Überschreitung
TOC	mg/m ³	12 27	10	mehr als 2-fache Überschreitung
SO ₂	mg/m ³	64 122	50	mehr als 2-fache Überschreitung
CO	mg/m ³	311 630	250	mehr als 2-fache Überschreitung

PAK: Polyaromatische Kohlenwasserstoffe; als höchstkrebserrregend eingestuft

TOC: Totaler organischer Kohlenstoff; aus Verunreinigungen im Schrott (Öle, Farbe usw.);

SO₂: Schwefeldioxid; verursacht sauren Regen

CO: Kohlenstoffmonoxid; verbindet sich in der Atmosphäre mit Sauerstoff zu CO₂ was als Treibhausgas bekannt ist

Immissionsmessungen bestätigen die überhöhte Schadstoffkonzentration in der direkten Nachbarschaft des Elektrostahlwerkes. Seit Jahren lassen die Escher Gemeindeverantwortlichen durch das Biomonitoring-Verfahren die Schadstoffkonzentration in Moosen, Gräsern (graminées) und Gemüse überprüfen. Schwerpunkt ist hier die Gartenanlage „an Elsebrech“, wo auf 130 Parzellen Gemüse für ca. 1000 Personen gezüchtet wird.

Dabei sind die Resultate äußerst gravierend: Die Messkampagne von 2014 ergibt die höchste Konzentration von Pb (Blei) in Gräsern und Gemüse seit Beginn der kommunalen Messkampagne im Jahr 2006!!

Infolgedessen lösten die Escher Gemeindeverantwortlichen wiederholt das Alarmsystem aus, welches die Besitzer der Gartenanlage „an Elsebrech“ auffordert, das kontaminierte Gemüse nicht zu verzehren bzw. nicht an Tiere zu verfüttern. Doch damit ist die Belastung „nicht vom Tisch“.

Mouvement Ecologique-Regionale/Süden und Stop Dioxin, welche mehrfach auf diese inakzeptable Situation für Mensch und Umwelt hingewiesen haben, fordern:

1. die staatlichen Verantwortlichen mit Nachdruck auf, endlich nicht nur über das Problem zu informieren sondern, wie gesetzlich vorgeschrieben, konsequente Verbesserungsmaßnahmen beim Betreiber einzufordern bzw festzuschreiben!
 2. die kommunalen Verantwortlichen auf, die Bürger so früh wie möglich über die Messresultate sowie kontaminiertes Gemüse zu informieren.
2. „Alle Betriebe sind gleich, nur manche Betriebe sind gleicher!“; was für Twinterg gilt, muss auch für ARCELOR/Mittal gelten..!

Bekanntlich gab es beim Escher Gas- und Dampfturbinenwerk der Firma TWINERG zwei größere Betriebsunfälle am 1. und 28. September 2014, bei denen größere Mengen an Eisenoxydpartikeln in die Umwelt freigesetzt wurden, die u.a. erhebliche Schäden an Autokarosserien verursachten.

Nachfolgend die diesbezügliche Vorgehensweise der zuständigen Umweltverwaltung:

10.9. Brief an TWINERG mit der Aufforderung, einen Bericht abzuliefern, welcher die Ursachen des Vorfalles und die geplanten Maßnahmen zur Behebung der Fehlfunktionen beschreibt;



Nachdem jahrelang die Immissionen durch die ARCELOR-Werke überschritten wurden, müssen nun Nägel mit Köpfen gemacht werden, das Nachhaltigkeitsministerium muss weitaus energischer gegen diese Belastungen vorgehen.

2.10. Brief an TWINERG, dass die Anlage bis auf Weiteres außer Betrieb bleibt, bis den Forderungen aus dem Brief vom 10.9. nachgekommen wurde;

27.10 Brief an TWINERG mit der Aufforderung genauere Erklärungen einzureichen, damit in Zukunft ähnliche Betriebsunfälle gänzlich vermieden werden können;

27.10. Neue Betriebsgenehmigung mit zusätzlichen, strengeren Auflagen, verbunden mit einer begrenzten Laufzeit von 12 Monaten.

Der zuständige Minister hat sich demnach im Fall TWINERG konsequent auf das Gesetz vom 9 Mai 2014 berufen und zwar spezifisch auf Art. 8. und Art. 9 und damit innerhalb von nur 57 Tagen zusätzliche technische Maßnahmen beim Betreiber durchgesetzt.

Loi du 9 mai 2014 relative aux émissions industrielles

Art. 8. Incidents et accidents

.....en cas d'incident ou d'accident affectant de façon significative l'environnement:

- a) l'exploitant informe immédiatement l'Administration de l'environnement;
- b) l'exploitant prend immédiatement des mesures pour limiter les conséquences environnementales et prévenir d'éventuels autres incidents ou accidents;
- c) le ministre oblige l'exploitant à prendre dans les meilleurs délais possibles toute mesure complémentaire appropriée qu'il juge nécessaire pour limiter les conséquences environnementales et prévenir d'éventuels autres incidents ou accidents.

Loi du 9 mai 2014 relative aux émissions industrielles

Art. 9. Non-conformité aux conditions d'autorisation

(2) en cas de manquement aux conditions d'autorisation:

- a) l'exploitant informe immédiatement l'Administration de l'environnement;
- b) l'exploitant prend immédiatement les mesures nécessaires pour rétablir dans les plus brefs délais possibles la conformité;
- c) le ministre oblige l'exploitant à prendre toute mesure complémentaire appropriée qu'il juge nécessaire pour rétablir la conformité.

Lorsque le non-respect des conditions d'autorisation présente un danger direct pour la santé humaine ou risque de produire un important effet préjudiciable immédiat sur l'environnement, et jusqu'à ce que la conformité soit rétablie conformément au premier alinéa, points b) et c), l'exploitation de l'installation est suspendue.

Die unterzeichnenden Umweltorganisationen Mouvement Ecologique – Regionale/Süden und die Biergerinitiative Stop Dioxin verstehen nicht, weshalb nicht die gleichen Regeln für sämtliche Industriebetriebe gelten. Sind etwa manche Betriebe „gleicher“ als andere! Das wäre schlichtweg ein Skandal!

Wir erwarten ohne Wenn und Aber vom Ministerium, dass umgehend bei ARCELOR/Mittal ähnlich konsequent vorgegangen wird, wie bei der Twinterg-Anlage und konkrete Nachbesserungen in sehr engem Zeitrahmen vorgeschrieben werden. Ansonsten müsste die Anlage bis zum Respekt der vorgeschriebenen Grenzwerte stillgelegt werden!

3. Beschwerde bei der EU-Kommission wegen illegalen Überschreitungen der Emissionen beim ARCELOR/MITTAL Stahlwerk

Die unterzeichnenden Organisationen Mouvement Ecologique-Regionale/Süden und Biergerinitiative Stop Dioxin sind fest davon überzeugt, dass die gesetzlichen Bestimmungen im Falle der Grenzwertüberschreitungen im ARCELOR/MITTAL-Elektrostahlwerk von Esch/Belval, nicht korrekt angewendet wurden.

Nach jahrelanger Hinhaltetaktik sehen wir uns gezwungen weitergehende Schritte in die Wege zu leiten, damit die Umweltsituation in direkter Nachbarschaft des sog. Zukunftstandortes Uni-Belval endlich verbessert werden kann.

Angesichts der Tatsache, dass diese für die Anrainer und die Umwelt unhaltbare Situation seit Jahren bekannt ist und keine Verbesserungen seitens der ARCELOR-Verantwortlichen erfolgen bzw. seitens des Nachhaltigkeitsministeriums durchgesetzt werden, wird der Mouvement Ecologique-Regionale/Süden sowie Stop Dioxin Beschwerde bei der Brüsseler EU-Kommission einreichen.

(Anmerkung: Das hier zitierte Gesetz geht aus der Transposition der EU-Direktive 2010/75/UE vom 24. November 2010 hervor, welche also auch schon ab dem Datum Gültigkeit hatte!).


OEOZENTER PAFENDALL - KUURZ BERICHT

Neue Internet-Präsenz des Oekozer Pafendall: Pafendall: www.oekozer.lu

Die Internetpräsenz des Oekozer Pafendall ist nun in neuer Aufmachung online. Neben Informationen über praktische Tipps und Projekte der Beratungsdienste (Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Klimapaktberatung) finden Sie hier auch nützliche Hinweise zu unserer Bibliothek sowie das Angebot an Sälen, die für das Abhalten von Konferenzen und Seminaren zur Verfügung stehen.



Oekozer Pafendall: Ein attraktiver Tagungsort!

Sie möchten eine Veranstaltung ausrichten und legen Wert auf Nachhaltigkeit und ein ansprechendes Ambiente? Dann sind Sie im Oekozer Pafendall genau richtig! Hier finden Sie die Räumlichkeiten und einen entsprechenden Service für die umweltschonende und nachhaltige Organisation Ihrer Veranstaltungen.

Der Passivhausbau ist mit seiner nach ökologischen Kriterien ausgewählten Inneneinrichtung, den funktionellen Räumlichkeiten, seiner Cafeteria und seiner Lage im Vorort Pfaffenthal sowie dem beeindruckenden Ausblick auf den Bockfelsen und die Kulisse der Oberstadt recht einmalig. Dabei ist das Oekozer zusätzlich ein ökologischer Vorzeigebau. Bei Planung und Bau wurde großen Wert auf die ökologische Ausrichtung gelegt: Für den Holzbau wurden zertifizierte Hölzer benutzt, es wurden hohe Energiestandards gesetzt und der Fokus auf Ressourcenschutz gerichtet. So kann das Zentrum auch eine Anregung für andere Akteure sein, verstärkt bei Planung und Bau umweltschonenden Aspekten Rechnung zu tragen.

Informationen zum Bau finden Sie hier: www.oekozer.lu/Tagungsräume.

Die Räumlichkeiten bieten hervorragende Voraussetzungen für ein gelungenes Seminar, einen Vortrag, eine Konferenz oder einen lockeren Austausch.

Folgende Räumlichkeiten stehen Ihnen zur Verfügung:

- Großer Konferenz- und Seminarraum für 99 Personen, mit integriertem Beamer und Flipcharts. Je nach Anzahl der TeilnehmerInnen kann der Raum unterschiedlich eingerichtet

werden. Direkt angrenzend eignet sich ein attraktiver lichtdurchfluteter Vorraum (mit kleiner Kitchenette) für Empfänge z.B. nach einer Konferenz oder für Kaffeepausen im Rahmen eines Seminars.

- 4 kleinere Versammlungsräume für je 12 bis 22 Personen.
- Ein Bistro für 60 Personen, mit attraktiver Terrasse hin zur Alzette.
- Eine voll ausgestattete professionelle Küche.

Falls Sie Veranstaltungen organisieren, die im „weitesten“ Sinne in Verbindung mit Themen der nachhaltigen Entwicklung sowie gesellschaftlichen Fragen stehen, entsprechen diese Räume optimal Ihren Anforderungen. Nichtregierungsorganisationen, neue soziale Bewegungen sowie innovative Projekte können unter bestimmten Voraussetzungen von einer Preisreduktion bei der Miete von Räumlichkeiten profitieren.

Falls Sie vor Ort essen möchten ist dies ebenfalls kein Problem. Gerne vermitteln wir Ihnen Caterer mit einem Angebot an biologischen, vegetarischen oder veganen Speisen und stellen Ihnen die notwendige Ausstattung zur Verfügung.

Weitere Informationen u.a. zu den Sälen bzw. den Mietbedingungen finden Sie auf der Homepage www.oekozer.lu oder per Tel. 439030-20.



L'Oekozer Pafendall asbl recrute un/une

CONSEILLER(ÈRE) EN ENVIRONNEMENT

VOS RESPONSABILITÉS

- Fournir du conseil écologique aux personnes privées, structures publiques et entreprises.
- Développer, coordonner et réaliser des projets (pilotes) dans le domaine du développement durable.

EXIGENCES

- Formation environnementale, diplôme Bac+3 avec expérience ou Bac+4/5.
- Bonnes connaissances dans le domaine de l'environnement et du développement durable.
- Bonnes connaissances du luxembourgeois, de l'allemand et du français.

NOUS OFFRONS

- Tâches variées au sein d'une équipe multidisciplinaire.
- 32-40 heures par semaine, à convenir.
- CDI

Veillez adresser votre candidature avec CV et lettre de motivation jusqu'au 24 mars 2015 à Oekozer Pafendall, 6, rue Vauban, L-2663 Luxembourg ou par mail à oekozer@oeko.lu, Tél : 43 90 30 41


oekozer
 pafendall

Eng Initiativ vum Mouvement Ecologique

Baubiologie und Bauökologie: Was macht den Unterschied?

Montag, den 30. März 2015 um 19:30 Uhr

Brasserie des Oekozer Pafendall 6, rue Vauban Luxembourg-Pfaffenthal

Stammtisch des Oekozer Pafendall - Erfahrungsaustausch über Bauen und Renovieren

Wer eine Wohnung bauen oder umbauen will, tut das oftmals zum ersten und einzigen Mal im Leben. Plötzlich wird Wissen verlangt, das der Einzelne nicht unbedingt hat. In einem lockeren Rahmen laden wir zum Erfahrungsaustausch an unserem „Stammesisch Bauen a Renovieren“. Die ökologischen Bauberater des Oekozer Pafendall werden jeweils einen Themenbereich in einem kurzen Vortrag vorstellen. Im Anschluß wollen wir diesen zum Anlass nehmen, eigene Erfahrungen und offene Fragen zu diskutieren und gemeinsam zu erörtern.

Thema des „Stammesischs“ im März: „Gesunde Häuser und ‚umweltfreundliche‘ Baumaterialien gibt es nicht; allenfalls machen Häuser nicht krank und schädigen die Umwelt nur gering. Mit der Erfassung der Belastung beschäftigen sich Bauökologie und Baubiologie. Der Einstieg in die Materialbewertung.“

Zum Vormerken: Thema am Montag, den 27. April 2015 19:30: „Bauen mit umweltfreundlichen Materialien: Rechnen mit dem neuen Luxemburger Hilfsmittel EBI“

Eingeladen zu den kostenlosen Gesprächsrunden in die Brasserie des Oekozer Pafendall sind alle Bauinteressierten, angehende oder aktive Bauherren, Bauneulinge und alte Hasen. Besondere Vorkenntnisse sind nicht notwendig.

Dauer: ca. 1,5 -2 St.

Eintritt: frei - Getränke können vor Ort erworben werden.

Veranstalter: Ökologische Bauberater des Oekozer Pafendall mit Unterstützung des Ministère du Logement.

Weitere Informationen: Ekologesche Bauberoderung bauberoderung@oekozer.lu, www.oekozer.lu


mouvement
 écologique

Mouvement Ecologique a.s.b.l.

 6, rue Vauban
 L-2663 Luxembourg/Pfaffenthal

 Tel.: 43 90 30-1
 Fax: 43 90 30-43

 Mail: meco@oeko.lu
www.meco.lu
Herausgeber